parlamentsreport

13–2020

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Kommunen: Was ist neu für die Städte und Gemeinden in Thüringen?

5 Kompass: Für soziale und ökologische Förderinstrumente

6 Geschichte: Die PDS in Thüringen bis zur Landtagswahl 1990

Ökonomisch richtig, politisch sinnvoll

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag setzt sich sei jeher für ein sozial-ökologisches Umsteuern und eine solidarische Strukturpolitik ein. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise und der nun lauter werdenden Diskussion über Konjunkturmaßnahmen für Thüringen rückt das Thema erneut ins Zentrum. „Wenn wir über konjunkturelle Stimuli und die Unterstützung der Thüringer Wirtschaft beim Neustart aus der Corona-Krise heraus sprechen, müssen wir zugleich die großen wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen mitdenken, die es schon vor der Pandemie gegeben hat“, so formuliert es die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow. Man denke unter anderem an den umfassenden Strukturwandel in industriellen Sektoren, die Klimakrise, den Wandel im Mobilitätsbereich, Digitalisierung und die Energiewende. „Für die Zukunft Thüringens ist es entscheidend, über entsprechende sozial und ökologisch ausgerichtete Konjunkturhilfen und Fördermaßnahmen neue Wege zu öffnen, statt auf alte Pfade zurückzukehren.“

Die Linksfraktion sieht sich hierin mit namhaften Expert*innen einer Meinung, die den Aufbau einer klimafreundlichen Wirtschaft und eine konsequente Mobilitäts- und Landwirtschaftswende als wichtige Impulsgeber für Innovation und Wachstum ansehen. Das ist nicht zuletzt für die Transformation der Automobilzulieferer-Industrie in Thüringen wichtig. Unlängst diskutierten Abgeordnete der LINKEN mit Vertreter*innen von Wirtschaft und Gewerkschaften darüber. Gemeinsam mit den Beschäftigten wollen wir in den Betrieben die sozial-ökologischen Herausforderungen angehen und gute Arbeit in Thüringen langfristig sichern und weiter ausbauen. Nicht zuletzt die Debatte über kreditfinanzierte Gestaltung ist neu entbrannt. Damit Thüringen gestärkt aus der Corona-Krise hervorgeht, braucht es erhebliche Investitionen in die Wirtschaft und den öffentlichen Sektor. Dafür Kredite aufzunehmen, ist nicht etwa notwendiges Übel, sondern politisch sinnvoll und ökonomisch richtig. Auch ein aktuelles Diskussionspapier der Linksfraktion über die Ausrichtung der Wirtschaftsförderung gehört zu diesem Thema, das einen Schwerpunkt in dieser Ausgabe des „Parlamentsreports“ bildet.
Ihre Redaktion

Anschieben, Umsteuern, Verändern

Thüringen braucht ein umfassendes, an sozialen und ökologischen Prämissen orientiertes Programm zum Neustart nach der Corona-Krise. Was sind die Schwerpunkte der Förderung? Und warum ist kreditfinanzierte Gestaltung gerade jetzt volkswirtschaftlich sinnvoll?

Foto: jggrz/Pixabay

Linker Ticker

Der Thüringer Landtag hat mit den Stimmen von Rot-Rot-Grün und CDU eine Änderung des Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetzes beschlossen. Damit stehen für die Schulsozialarbeit jährlich 22,3 Millionen, für den Landesjugendförderplan 3,8 Millionen Euro zur Verfügung. Rot-Rot-Grün setze damit „ein weiteres Ziel unseres Koalitionsvertrages um: die gesetzliche Fixierung der Schulsozialarbeit auf einem deutlich erhöhten Niveau“, so der LINKEN-Abgeordnete **Daniel Reinhardt**. +++ Eine schnellere und wirksamere Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Rassismus und Diskriminierung“ fordert **Katharina König-Preuss**, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion. Hintergrund: Laut neuen Zahlen hat es im vergangenen Jahr mindestens 60 Straftaten mit entsprechendem rechtsmotiviertem Hintergrund an Thüringer Schulen gegeben. König-Preuss geht von einer weit höheren Dunkelziffer aus. +++ Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die im Juli begonnen hat, sollte nach dem Willen des europapolitischen Sprechers der LINKEN im Thüringer Landtag, **Markus Gleichmann**, „mutig progressive Veränderungen angehen und das soziale Europa stärker in den Mittelpunkt der Debatte rücken“. Zudem müssten „Missstände und Konstruktionsfehler der EU“ endlich angegangen werden. +++ Die schrittweise Erhöhung des Mindestlohns auf nur 10,45 Euro bis 2022 stößt auf Kritik der arbeitsmarktpolitische Sprecherin **Lena Saniye Güngör**. „Das untere Lohngefüge muss armutsfest und existenzsichernd sein. In der Corona-Krise hilft jeder Euro, weshalb der Mindestlohn auf mindestens 12,63 Euro pro Stunde anhoben werden muss.“ +++ Nach langen Diskussionen hat der Bundestag die Werbebeschränkungen für Tabakprodukte verschärft. „Ich hätte mir ein generelles Verbot gewünscht sowie eine schnellere Umsetzung“, kritisiert die Sprecherin für Suchtprävention der Linksfraktion, **Kati Engel**. Mit Blick auf die Möglichkeit für die Branche, weiterhin in Fachgeschäften und an Tankstellen zu werben, sagte Engel: „Wenn wir Jugend- und Gesundheitsschutz wirklich ernstnehmen, dürfen wir diese nicht den Lobby-Interessen opfern.“

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Olaf Weichler (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 8. Juli 2020

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Material ien übernimmt die Redaktion keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Foto: weekly_onlooker/Pixabay

Neues für die Kommunalpolitik

Linksfraktion kompakt: Was ist neu für die Städte und Gemeinden in Thüringen?

Der Landtag hat das Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie beschlossen. In dem umfangreichen Paket mit Soforthilfen und Neuregelungen sind auch eine ganze Reihe von kommunalrechtlich relevanten Entscheidungen getroffen worden. Wir stellen die wichtigsten davon vor.

1 Für neu gebildete Gemeinden ist vorgesehen, dass innerhalb von sechs Monaten nach Wirksamwerden der Gemeindeneubildung die Wahl der Gemeinderatsmitglieder und des Bürgermeisters durchzuführen ist. Durch die Umwandlung dieser Ist-Vorschrift in eine Soll-Vorschrift wird die Möglichkeit einer Abweichung von der Sechsmonatsfrist aus wichtigen sachlichen Gründen ermöglicht. Mit der Neuregelung sind Wahlen der Gemeindeorgane der neu gebildeten Gemeinde im Regelfall innerhalb der sechs Monate nach Wirksamwerden der Gemeindeneubildung durchzuführen. Nur wenn die Wahl aufgrund einer Ausnahmesituation wie der Corona-Pandemie oder aus sonstigen wichtigen sachlichen Gründen nicht innerhalb dieses Zeitraums durchgeführt werden kann, ist sie auch nach Ablauf der Sechsmonatsfrist zulässig.

2 Es wird klargestellt, dass sich der Gemeinderat der neu gebildeten Gemeinde vom Wirksamwerden der Gemeindeneubildung bis zum Amtsantritt der neuen Gemeinderatsmitglieder und nicht nur bis zu deren Wahl aus den Gemeinderatsmitgliedern der Gemeinderäte der aufgelösten Gemeinden zusammensetzt. Damit wird die zeitliche Lücke zwischen dem Wahlsonntag und der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates geschlossen. Gleiches gilt für die Bestellung eines Beauftragten zur Wahrnehmung der Funkton des Bürgermeisters. Dieser wird für den Zeitraum bis zum Amtsantritt des Bürgermeisters und nicht nur bis zu dessen Wahl bestimmt.

3 In der Thüringer Kommunalordnung ist bestimmt, dass gewählte Mitglieder von Gemeinderäten und Kreistagen in der ersten öffentlich stattfindenden Sitzung nach ihrer Wahl auf die gewissenhafte Erfüllung der Pflichten durch Handschlag des Bürgermeisters beziehungsweise des Landesrats zu verpflichten sind. Der Handschlag ist nunmehr bei den Verpflichtungen von Gemeinderats- und Kreistagsmitgliedern abgeschafft.

4 Es wird die Möglichkeit der Gemeinden, über- und außerplanmäßige Ausgaben zu leisten, flexibler gestaltet. Hierbei soll es sich um Ausgaben für Aufgaben des öffentlichen Wohls handeln. Dies umfasst insbesondere das komplette Aufgabenspektrum der Kommunen im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

5 Die Gemeinden werden abweichend von den Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung ermächtigt, auch ohne beschlossene Haushaltssatzung zur Sicherstellung der Aufgabenerfüllung aus Gründen des öffentlichen Wohls notwendige Ausgaben zu leisten. Die Ausgaben müssen damit nicht mehr für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sein. Die Regelungen gelten entsprechend für die Landkreise.

6 Es wird geregelt, dass vorhandene Bestände der allgemeinen Rücklage unter vereinfachten Voraussetzungen zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts herangezogen werden können. Dabei muss gesichert sein, dass die Liquidität nicht gefährdet ist und dass keine Mittel aus der Rücklage entnommen werden, die durch Verpflichtungsermächtigungen bereits gebunden sind.

7 Es wird befristet bis zum Jahr 2025 die Möglichkeit zugelassen, im Haushaltsjahr 2020 entstandene Fehlbeträge spätestens nach vier, im Fall einer Haushaltssatzung für zwei Jahre nach fünf Jahren zu decken.

8 Um die Liquidität der Gemeinden und Landkreise kurzfristig zu verbessern, werden zwei Auszahlungstermine für die Schlüsselzuweisungen im Jahr 2020 vom 15. Juli auf den 15. Juni und vom 15. Oktober auf den 15. September vorverlegt.

9 Es wird zudem die Verteilung der im Sondervermögen enthaltenen 185 Millionen Euro zur Unterstützung der Kommunen geregelt. Die Gemeinden erhalten davon 100 Millionen Euro zur Kompensation von Gewerbesteuer-Ausfällen (Bedingung, dass GewSt wenigstens 15 Prozent am Gesamtsteuer-Aufkommen der Gemeinde darstellen und bei 100 Euro/EW gekappt). 85 Millionen Euro erhalten Gemeinden und Landkreise zur Stabilisierung der Haushalte als Schlüsselzuweisung. *PR*

Daten für die Debatte

Rassismus-Vorfälle: Linksfraktion legt Vorschläge für umfassende Polizei-Studie vor

Nach dem rassistischen Mord an Georg Floyd in den USA hat auch in der Bundesrepublik eine Diskussion über Fehlverhalten, polizeiliche Gewalt und rassistische Einstellungen in der Polizei eingesetzt. Während insbesondere Opferberatungsstellen und migrantische Selbstorganisationen auf konkrete Erfahrungen hingewiesen haben, wurde vor allem durch die Innenminister jedweder Verdacht gegenüber Polizeibeamten zurückgewiesen.

In der Debatte wurde schnell deutlich, dass es für eine notwendige, über den Einzelfall und pauschalierende Meinungen hinausgehende fundierte Betrachtung keine ausreichende Datenbasis gibt. In der Diskussion wurde daraufhin die Erstellung einer Studie zu politischen Einstellungen in der Polizei vorgeschlagen. Die Gewerkschaft GdP Thüringen unterstützt eine solche Studie und auch der Thüringer Innenminister Georg Maier will sich einer solchen Studie nicht verschließen.

Die Linksfraktion hat nun einen konkreten Vorschlag für die Erstellung einer solchen Studie unterbreitet. „Es geht nicht darum, mit einer Studie die derzeit laufende Diskussion in irgendeiner Art entscheiden zu wollen und die Thüringer Polizei zu be- oder auch zu entlasten“, sagt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Steffen Dittes. „Seit dem Jahr 2001 wird mit dem Thüringen Monitor die politische Einstellung in Thüringen mit zum Teil erschreckenden Befunden untersucht. Es gibt überhaupt keinen Anhaltspunkt dafür, dass die Berufsgruppe der Polizei per se immun gegenüber demokratiegefährdenden Einstellungen wäre, nur weil sie sich im Staatsdienst befindet.“

Nach Ansicht von Steffen Dittes muss eine Studie mehr leisten, als nur die Einstellungen zu untersuchen. „Eine solche Studie muss die Grundlage dafür legen, künftige Entscheidungen zur Aus- und stetigen Weiterbildung von Polizeibeamten und zur notwendigen Entwicklung einer Fehlerkultur innerhalb der Struktur der Polizei begründet zu treffen. Gleichzeitig müssen zielgenau Konzepte entwickelt werden, um die politische Zielstellung der Innenminister in die Praxis zu überführen.“ Die Innenminister des Bundes und der Länder hatten zur Innenministerkonferenz im Juni in Erfurt erklärt, „keinerlei Extremismus oder Rassismus in den Reihen der Polizei zu dulden“.

Foto: cocoparisienne/Pixabay

Die Studie solle durch eine parlamentarische Beschlussfassung im Landtag über eine hohe politische Legitimation verfügen. Die Studie muss außerhalb Thüringens ausgeschrieben werden, um die wissenschaftliche Unabhängigkeit sicherstellen zu können. Die Studie soll diskriminierendes bzw. einstellungsmotiviertes Fehlverhalten im Rahmen von Polizeieinsätzen, politische Einstellungen von Polizeibeamt*innen, bei polizeilichen Maßnahmen gegebenenfalls Diskriminierung befördernde strukturelle und gesetzliche bzw. in Polizeidienstvorschriften verankerte Voraussetzungen und den Stand der Entwicklung einer Fehlerkultur innerhalb der Polizei Thüringens untersuchen. In der Untersuchung sind die Sicht und Erfahrungen sowohl von Polizeibeamten als auch von Betroffenen polizeilicher Maßnahmen einzubeziehen und bereits vorhandenes Datenmaterial auszuwerten.

Die Studie soll nach dem Willen der Linksfraktion durch einen Beirat begleitet werden, in dem Vertreter der Polizei, des Innenministeriums, der Polizeivertrauensstelle, des Fachbereichs Polizei der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung, der Personalräte und Polizeigewerkschaft ebenso vertreten sind wie Vertreter des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, der Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerkes Thadine, der Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen EZRA, Amnesty sowie der Initiative Schwarze Menschen. *PR*

Abgeordnete spenden 18.000 Euro

Parlamentarier*innen der LINKEN unterstützen Sea-Eye, SOS-Kinderdorf Gera und Thüringer Flüchtlingspaten

Mit Spenden von jeweils 6.000 Euro unterstützen die Abgeordneten der Thüringer Linksfraktion die Hilfsorganisation Sea-Eye, das SOS-Kinderdorf Gera und die Thüringer Flüchtlingspaten Syrien. Die Parlamentarier*innen geben damit die Hälfte ihrer diesjährigen automatischen Diätenerhöhung an soziale und flüchtlingssolidarische Projekte weiter. Die andere Hälfte werden die Abgeordneten der Fraktion in der zweiten Jahreshälfte individuell an soziale und alternative Organisationen der Zivilgesellschaft spenden.

„Solidarität ist gerade in Zeiten der Corona-Krise wichtig. Wir kritisieren die automatische Diätenerhöhung im Landtag schon seit vielen Jahren. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, die vielen Projekte, die sich für Weltoffenheit und soziale Unterstützung einsetzen, nicht nur mit Beifall zu bedenken, sondern auch ganz handfest zu unterstützen“, erklären die Abgeordneten. Mit ihrem Signal verbinden sie zugleich den Appell, gerade in Corona-Zeiten das Engagement sozialer und solidarischer Projekte in Thüringen tatkräftig zu unterstützen.

Sea-Eye e.V. ist eine Hilfsorganisation zur Rettung von in Seenot geratenen geflüchteten Menschen im Mittelmeer. Die Organisation setzt sich „auf der tödlichsten Fluchtroute der Welt“ für die Rettung von Leben ein. Von den vielen Menschen, die in Europa Schutz vor Krieg, Armut oder Verfolgung suchen, sind in den vergangenen Jahren Tausende im Mittelmeer gestorben. 2015 aus einer Initiative zur Hilfe von Flüchtlingen entstanden, suchen die Schiffe von Sea-Eye nach Menschen in Seenot, leisten Erste Hilfe und versorgen die Menschen mit dem Nötigsten.

2013 öffnete in Gera das erste SOS-Kinderdorf Thüringens. Die nichtstaatliche, unabhängige und überkonfessionelle Organisation ist vor Ort schon länger in der Hilfe und Betreuung in alltäglichen und schwierigen Momenten der Jugend und des Erwachsenwerdens engagiert. Das Angebot umfasst heute ambulante Hilfen zur Erziehung, frühe Hilfen für die Kleinsten und drei SOS-Kinderdorffamilien. In mehreren Familienwohngruppen haben über 30 Kinder ein neues, sicheres Zuhause gefunden. Das Café Krümel und das Frauen-Kommunikationszentrum sind Anlaufpunkt der Geraer Einrichtung, dort werden Freizeit- und Bildungsangebote, Beratung sowie Kinderbetreuung geboten.

Das Leid der Menschen im seit Jahren von Krieg gezeichneten Syrien hat viele Menschen erschüttert. Jene, denen es gelang, vor Bomben, Tod und Verfolgung in die Bundesrepublik zu fliehen, sind in großer Sorge um ihre zurückgelassenen Familienangehörigen. Ein legaler Nachzug ist nur für enge Angehörige wie Ehepartner*innen und minderjährige Kinder vorgesehen. Anderen Verwandten wird die Möglichkeit, zu ihren Familien nachgeholt zu werden, meist verwehrt. Einige Bundesländer, darunter Thüringen, ermöglichen jedoch den erweiterten Familiennachzug für Syrer*innen, wenn so genannte Verpflichtungsgeber*innen für den Lebensunterhalt aufkommen. Um deren finanzielles Risiko auf viele Schultern zu verteilen, sucht der Verein Flüchtlingspat*innen, die mit festen monatlichen Beträgen das soziale und humanitäre Engagement unterstützen. Mit dem Geld aus den Patenschaften werden unter anderem sichere Flüge nach Deutschland, Unterkunft, Lebensunterhalt und die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen finanziert. *PR*

Die Zukunfts-frage

Susanne Hennig-Wellsow über kreditfinanzierte Gestaltung für Thüringen

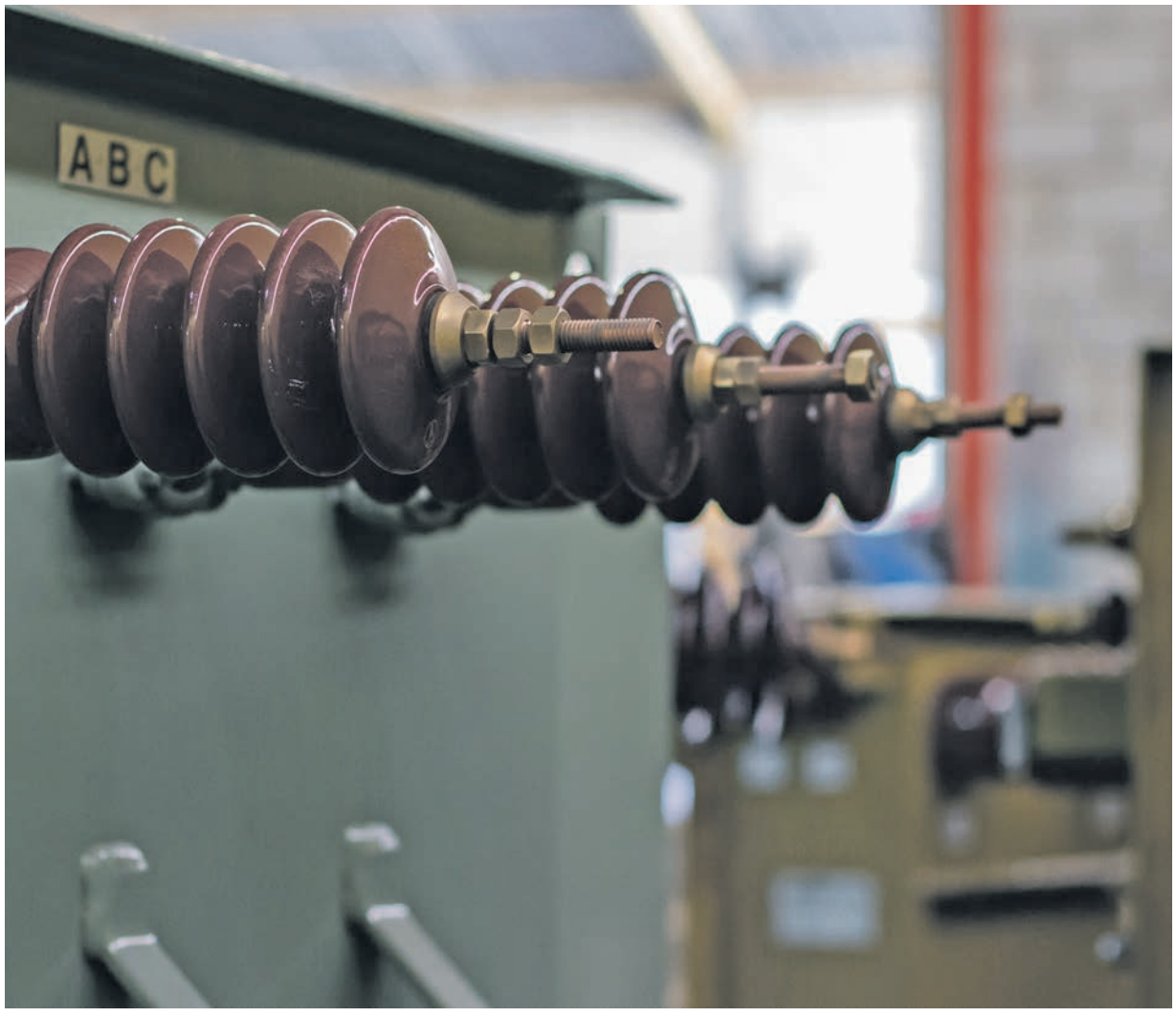

Foto: Van Rensburg/Pixabay

Wie kommt Thüringen gestärkt aus der Corona-Krise? Der Freistaat braucht ein umfassendes, an sozialen, ökologischen und bürgerrechtlichen Zielen orientiertes Programm zum Neustart. Das sehen nicht nur wir so und darauf pocht die LINKE schon seit Wochen: Nach den Soforthilfen gegen die unmittelbaren Belastungen, die wir im Juni beschlossen haben, sollte ein schneller und ebenso großer zweiter Schritt folgen – ein Konjunkturprogramm, das drei Ziele verfolgt: Anschieben, Umsteuern, Verändern.

Wir brauchen volkswirtschaftlich kurzfristig wirkende Stimuli, um der Thüringer Wirtschaft zu helfen, rasch aus dem Krisentief zu kommen. Dabei wollen wir selbstverständlich solidarische und ökologische Maßstäbe geltend machen. Beim Anschieben kommt es aber auch darauf an, schon die richtige Richtung zu wählen. Probleme gab es auch schon vor Corona, und was wir jetzt tun, sollte auch diese Herausforderungen mitdenken. Anders gesagt: Wir brauchen nachhaltig wirkende strukturpolitische Veränderungen. Ein dritter Gedanke, der uns wichtig sein sollte: Wenn wir jetzt über einen solidarischen, ökologischen Neustart diskutieren, sollten wir Maßnahmen in den Vordergrund stellen, mit denen wir das von der rot-rot-grünen Koalition bisher für Thüringen Erreichte sichern und ausbauen.

In den vergangenen Tagen ist die öffentliche Debatte darüber, wie Thüringen gestärkt aus der Corona-Krise kommen kann, lauter geworden. Das ist deshalb gut, weil es um die Interessen des Landes und seiner Menschen geht, weil über so eine wichtige Frage demokratisch gestritten werden muss. Und es gilt: Jede hilfreiche Idee ist willkommen.

Wenn die Diskussion sich dabei nun verstärkt der Frage zuwendet, ob Thüringen Kredite aufnehmen soll, besteht darin ebenfalls eine Chance. Eine Chance, Fragen der Schuldenaufnahme politisch einmal anders zu betrachten, als es in den vergangenen Jahren oft getan wurde. Es führt nämlich nicht weit, „die Schuldenfrage“ als Menetekel an die Wand zu malen, wie es einige Medien nun tun. Und es ist politisch unratsam, wie die Landes-CDU vor einer „Schuldenwirtschaft“ zu warnen. Ein Blick in Richtung Bundesregierung, an der die Union ja wohl beteiligt ist, könnte helfen: Die legt nämlich völlig zu recht gerade milliardenschwere Programme gegen die Krisenfolgen auf. Ist das schlechte „Schuldenwirtschaft“ oder sinnvolle Politik in schweren Zeiten? Letzteres ist richtig, und daraus sollten wir auch für Thüringen Schlussfolgerungen ziehen. Es geht nicht um eine „Schuldenfrage“, sondern um die Zukunftsfrage.

Damit Thüringen gestärkt aus der Corona-Krise hervorgeht, braucht es erhebliche Investitionen in die Wirtschaft und den öffentlichen Sektor. Dafür Kredite aufzunehmen, ist nicht etwa notwendiges Übel, sondern volkswirtschaftlich eine Chance. Geld, das aktuell zu niedrigen Zinsen aufgenommen werden kann, befeuert über Investitionen den ökonomischen Neustart, der wiederum Basis für zusätzliche Steuereinnahmen wird.

Wir sollten endlich aufhören, über kreditfinanzierte Gestaltung zu reden, als liege darin ein peinlicher Fehler, eine Art politisches Unvermögen. Dass oft noch so gedacht wird, hat mit einer Vergangenheit zu tun, in der die berühmte „schwäbische Hausfrau“ zur Ikone politischer Selbstbeschränkung gemacht wurde und eine politökonomische Sichtweise dominierte, die uns die Schuldenbremse einbrachte.

Doch die Diskussion ist inzwischen längst weiter. Unter Ökonom wird heute ganz überwiegend eine andere Debatte über staatliche Kreditaufnahme und öffentliche Investitionen geführt also noch vor zehn Jahren. „So viel Einigkeit ist selten unter Ökonomen unterschiedlicher Glaubensrichtungen“, so formulierte es unlängst der „Spiegel“. Wieder und wieder wird darauf verwiesen, dass Kredite derzeit billig zu finanzieren sind, dass Investitionen in öffentliche Infrastruktur dringend nötig sind und volkswirtschaftlich eine Rendite abwerfen, also sich mittelfristig selbst finanzieren. Nicht die Aufnahme Kredite gefährdet die Zukunft, sondern das Beharren auf einer Sichtweise, die staatliche Schulden verdammt.

Wer moderne Infrastruktur, ausgebildete Fachkräfte, funktionierende öffentliche Dienstleistungen, zufriedene Menschen, ökologische Innovation und gute Arbeitsplätze will, sollte nicht nur von Schulden reden. Sondern von den Chancen, die ein kreditfinanzierter Neustart mit sich bringt. Von Chancen also, die wir jetzt nicht wegen einiger alter Mythen über die Staatsverschuldung verspielen dürfen.

Apropos „Schwäbische Hausfrau“. Nimmt der Staat Kredite auf, ist das etwas anderes als wenn ein privater Haushalt dies tut. Borgt sich Letzterer zum Beispiel für den Kauf eines Lastenfahrrads Geld, ist dies ein Akt vorgezogenen Sparens: Der Preis für das Rad wird an die Bank zuzüglich Zinsen abbezahlt. Nimmt der Staat einen Kredit auf, ist dies etwas ganz anderes – ein Mittel nämlich, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Ein so finanzierter Ausbau des öffentlichen Verkehrs zum Beispiel bringt neue Aufträge für die Wirtschaft mit sich, trägt so zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei und führt zur Erhöhung der Steuereinnahmen.

Ein weiteres Argument gegen kreditfinanzierte Gestaltung ist die so genannte Generationen-Gerechtigkeit. Wer heute Schulden mache, belaste künftige Generation, die diese zurückzahlen müssten. Aber wer so argumentiert, blendet den Nutzen heutiger kreditfinanzierter Investitionen für die Nachfolgenden aus, denn sie sind ebenfalls Nutznießer*innen von besserer Infrastruktur und anderem.

Als vor gut einem Jahr die Schuldenbremse ihr zehnjähriges Jubiläum hatte, war vielen Ökonom*innen nicht zum Feiern zumute. Zwei von ihnen, Jens Südekum und Michael Hüther, schrieben damals einen gemeinsamen Beitrag, sie kommen aus unterschiedlichen ökonomischen Richtungen, Südekum wird oft von linken Parteien als Experte eingeladen, Hüther ist Direktor des unternehmensnahen Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Die Begrenzung staatlicher Kreditaufnahme durch die Schuldenbremse stehe „heute einer dringend erforderlichen Modernisierungs- und Wachstumspolitik im Wege. Sie sollte reformiert werden“ – so das Argument der beiden. Sie verwiesen auf „gravierende Mängel bei öffentlichen Gütern“, die wiederum „zur zentralen Bremse für private Investitionen“ geworden seien. Die Schuldenbremse schiebe „einer vernünftigen Wirtschaftspolitik den Riegel vor. Es ist so, als ob der Staat Geldscheine auf dem Bürgersteig liegen lässt, statt sie aufzuheben.“

Wie gesagt, das war ihre Einschätzung im April 2019. Sie ist heute, gut ein Jahr später, immer noch richtig – oder besser gesagt: umso richtiger. Die Folgen der Corona-Krise sind zur Liste der gesellschaftlichen Herausforderungen noch dazugekommen. Deren Bewältigung im Sinne der Interessen der Menschen und der Zukunft von Thüringen braucht Ressourcen, braucht Anschub. Dafür ist Kreditaufnahme sinnvoll und richtig.

Susanne Hennig-Wellsow ist Vorsitzende der Fraktion Thüringer Linksfraktion und des Landesverbandes von DIE LINKE.

Die Art des Wirtschaftens

Ein Diskussionspapier für soziale und ökologische Förderinstrumente in Thüringen

Die Diskussion über den Neustart nach der Corona-Krise läuft. Was bei der Förderung der Wirtschaft im Vordergrund stehen sollte, beschreibt ein aktuelles Diskussionspapier der Linksfraktion im Thüringer Landtag. „Wir sind der festen Überzeugung, dass die Art des Wirtschaftens und auch die damit verbundene bisherige Wirtschaftsförderung angesichts der ökologischen Gefährdungen und der durch Corona noch einmal massiv wachsenden sozialen Ungerechtigkeiten im Land einer neuen Orientierung Bedarf“, heißt es dazu aus den Reihen der Fachpolitiker*innen der LINKEN. „Wir wollen eine neu aufgestellte Wirtschaftsförderung, die eine nachhaltige und soziale Wirtschaftsentwicklung zur Priorität hat. Gemeinsam mit den Beschäftigten in den Unternehmen und Betrieben wollen wir diese sozial-ökologische Wende umsetzen und Wirtschaftsdemokratie durch Transformationsbeiräte vorantreiben.“

Das Papier soll für die kommenden Monate einen Kompass und eine Diskussionsgrundlage bieten. Wie im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbart, soll Wirtschaftspolitik in Thüringen vor allem für die und mit den Menschen gestaltet werden, es geht darum besonders kleine und mittlere Unternehmen beim kommenden und notwendigen Strukturwandel zu unterstützen. „Bereits mit dem Landeshaushalt 2021 als sozial-ökologischen Aufbauhaushalt wollen wir entsprechende Weichen stellen“, heißt es dazu aus der Linksfraktion. „Thüringen braucht ein zukunftsfähiges Revitalisierungsprogramm für die Wirtschaft, was nur in Kooperation aller Beteiligten – den Arbeitnehmern, der Wirtschaft und der Wissenschaft – alle Potenziale ausschöpfen kann, um Thüringen noch stärker zu machen.“

Welche Stellschrauben es dafür konkret gibt, darum geht es in dem sechsseitigen Papier unter anderem. Einerseits sollten Vereinfachung und Konzentration bestehender Programme der Wirtschaftsförderung in Thüringen weiter im Fokus bleiben, dies nicht zuletzt angesichts des sinkenden Fördermittelvolumens der EU. Andererseits kommen durch die Erkenntnisse aus der aktuellen Corona-Pandemie neue Herausforderungen hinzu. Das Papier verweist hier unter anderem auf das Ziel einer stärkeren Regionalisierung des Wirtschaftens, um nachhaltige sozial-ökologische Gestaltung von Kreisläufen zu ermöglichen. Auch geht es um die notwendige Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur und die Stärkung der Eigenversorgung insbesondere auch in Bereichen der Daseinsvorsorge und des Bevölkerungsschutzes.

Wichtig wird sein, eine Brücke zu schlagen zwischen kurzfristig wirksamen Förderungen und einem mittelfristigen Umbau. Das Papier „Wirtschaften nach Corona“ setzt hier an: Es reicht eben nicht, mit Worten wie „Nachhaltigkeit“ bloß altes Denken zu bemänteln. Der Blick müsse auch „auf die inhaltlichen Schwerpunkte von Wirtschaftspolitik“ gerichtet werden, das heißt, wer über Förderinstrumente redet, sollte nicht von der Art und Weise schweigen, in der produziert werden soll. Es gehe um einen „grundlegenden Wandel der Wirtschaftspolitik“. Um die Gestaltung der ökonomischen Verhältnisse auf ein neues Verständnis einer zukunftsfähigen Wirtschaftsdemokratie auszurichten, brauche es „eine Überprüfung der Instrumente der Wirtschaftsförderung in Thüringen und den Einbezug von vielseitigen Erfahrungen“, so die Fachpolitiker*innen.

Vorgestellt wurde das Papier Anfang Juli von Andreas Schubert, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktion, und Christian Schaft, seinem für Wissenschaft, Hochschule und Forschung zuständigen Kollegen. Das hat einen Grund. Denn eine sozial-ökologische Wirtschaftsförderung muss Hand in Hand gehen mit einer Wissenschafts- und Forschungspolitik, die sich an den gleichen Prämissen orientiert, um einen Transformationsprozess zu unterstützen. „Aus der Schwerpunktsetzung gilt es jetzt für die öffentliche Diskussion und die politischen Aushandlungsprozesse (Konjunkturimpulse im Aufbauhaushalt) Projektideen zu beschreiben, die das Zusammenspiel verschiedener Schwerpunkte anschaulich macht und gemeinsam zur Wirkung bringt“, heißt es im Papier weiter. *PR*

Das komplette Papier unter die-linke-thl.de

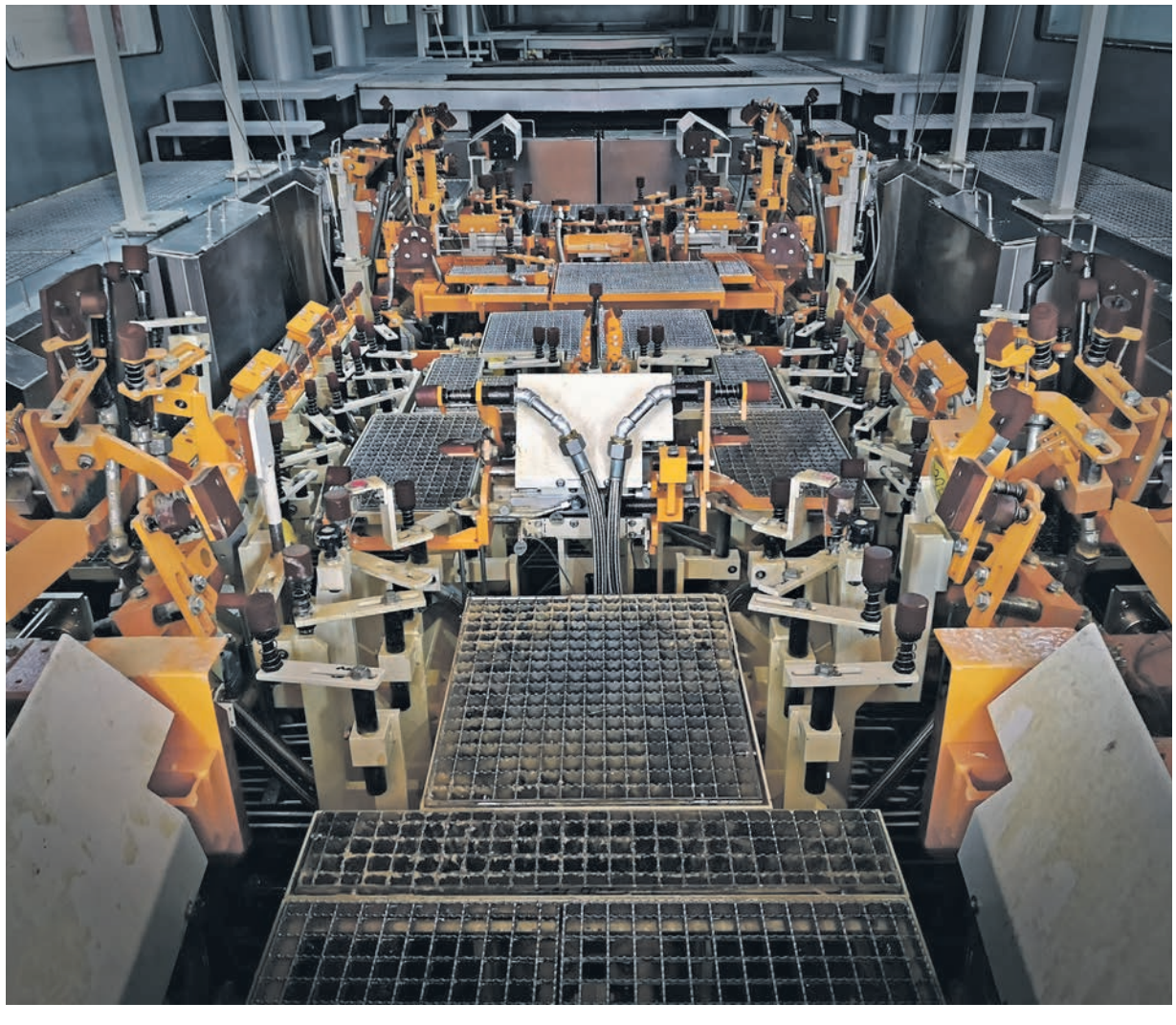

Foto: west468/Pixabay

Schubert: Mehr Genossenschaften in Thüringen

Anfang Juli wurde der internationale Genossenschaftstag begangen. Für Andreas Schubert, Sprecher für Wirtschaftspolitik der Linksfraktion im Thüringer Landtag, eine Gelegenheit, um auf „die großen Chancen einer noch breiteren Verankerung der Genossenschaften als alternative Unternehmensform in der Realwirtschaft“ hinzuweisen.

Bundesweit gibt es heute rund 7.600 Genossenschaften mit über 22 Millionen Mitgliedern. Damit übersteigt deren Zahl in der Bundesrepublik die Zahl der Aktionär*innen um das sechsfache. Laut Wissenschaftlichem Dienst des Bundestags profitiert jede*r vierte Bundesbürger*in von der Zugehörigkeit zu einer der verschiedenen Genossenschaften.

Mit Blick in andere Länder sieht Schubert aber noch erhebliches Entwicklungspotenzial. Auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen durch die Corona-Krise brauche es eine neue Qualität des Wirtschaftens. Für eine sozial-ökologische Gestaltung von Wirtschaftskreisläufen gilt es, unter anderem das Genossenschaftswesen mit seiner demokratischen Unternehmenskultur in noch mehr Wirtschaftsbereichen zu etablieren. „Die Stärkung des Genossenschaftswesens ist ein direkter Beitrag zu mehr Wirtschaftsdemokratie in unserem Land. So können die demokratischen und sozialen Mechanismen, wie die Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, gezielt ausgebaut werden.“ Als Beispiele nannte unter anderem Schubert Energie- und Mobilitätsgenossenschaften.

„Wirtschaftspolitik hat in Thüringen die Menschen im Fokus, die hier leben und arbeiten. Dabei haben Mitarbeiter*innenbeteiligung und -verantwortung in Betrieben und Unternehmen ihren festen Platz“, so Schubert. „Zudem schärfen solche Aspekte das Bewusstsein hinsichtlich Solidarität, ökonomische Effizienz und Gemeinwohlorientierung.“

Auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags sieht hier Potenziale. „Die aktuelle Stärke von Genossenschaftsorganisationen führen Wirtschaftswissenschaftler und Verbandsvertreter auch darauf zurück, dass angesichts der umfassenden Veränderung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns, die durch Globalisierung, demografischen Wandel, technischen Fortschritt, Wertewandel und andere säkulare Entwicklungen angestoßen werden, Genossenschaften als Kooperationen in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft langfristige Sicherheit und Stabilität zu bieten vermögen.“ *PR*

30 Jahre

Im Herbst 1990 konstituierte sich die erste PDS-Fraktion im Thüringer Landtag. Seither sind drei Jahrzehnte vergangen. Die LINKE ist inzwischen stärkste Kraft und stellt den Ministerpräsidenten. In dieser Serie blicken wir zurück auf 30 Jahre PDS- und Linksfraktion.

Foto: Ralf Skiba, CC BY-SA 3_0

Viel Eigenständiges

Linke Erneuerung und linkes Bündnis: Die PDS in Thüringen bis zur Landtagswahl im Oktober 1990

Jene, die dabei gewesen sind, erinnern sich an ein nicht nur von den Temperaturen her heißes Wochenende: Am 30. Juni und 1. Juli 1990 wurde im Saal der einstigen SED-Zentrale in der Eislebener Straße in Erfurt der Thüringer Landesverband der PDS gegründet. Der Zusammenschluss der bisherigen Bezirksverbände Erfurt, Suhl und Gera sowie der Kreisverbände Altenburg, Schmölln und Artern war von hitzigen „Debatten um politische Schwerpunkte, Organisation und um das Führungspersonal“ geprägt, so erinnern sich die späteren Landeschefs Dieter Hausold und Knut Korschewsky an jene Tage.

Die Gründung fiel auch noch auf das Wochenende der Währungsunion, einer von vielen Einschnitten für die Menschen in der bald verschwindenden DDR, die man im Alltag nicht nur neben bewältigen konnte. Dem neuen Landesverband gehörten damals fast 43.000 Genoss*innen an. Gabi Zimmer aus Suhl setzte sich als Landesvorsitzende durch. Als Vizevorsitzende kam neben Christian Weitze aus Weimar und Dietmar Knof aus Bad Salzungen auch Dieter Strützel aus Gera ins Amt. Einer der wichtigen Vordenker der PDS im Freistaat, der den später viel zitierten Satz prägte: „Es geht darum, den Ring um die PDS zu sprengen.“

Der damalige Bundesvize der PDS, André Brie, sollte ganz richtig liegen mit seiner damals ausgesprochenen Erwartung, „dass der Thüringer Landesverband viel Eigenständiges in die politische Arbeit der PDS einbringen möge“, wie es seinerzeit in einem Bericht über die Gründung im ND hieß. Politische Arbeit hieß damals aber auch: Wahlkampf. Im Juli 1990 wurde auf einer Landesdelegiertenkonferenz die Kandidatenliste der Partei für die Landtagswahl bestimmt, darunter Klaus Höpcke und Gabi Zimmer. Ende Juli verständigte man sich in Gera mit anderen linken Kräften wie den Nelken und der erneuerten fdj auf ein Wahlbündnis. Später konstituierte sich ein Politischer Beirat. Auf die PDS-Liste kam so unter anderem Jörg Pöse von der Vereinigten Linken.

Die „Linke Liste/PDS“ musste nun vor allem raus auf die Straße. Wahlkampf machen. Der Auftakt dazu wurde am 1. September 1990 mit einer Kundgebung vor Tausenden Erfurter*innen auf dem Anger gemacht. „Wir brauchen eine starke Opposition, um für die Lösung der sozialen Probleme der Kalikumpel in Bleicherode oder Merkers und der Mikroelektroniker in Erfurt wirken zu können“, rief Gabi Zimmer damals von der Bühne – und der Beifall, den sie dafür erhielt, hatte seinen Grund. Allein in Erfurt waren damals bereits 4.700 Menschen arbeitslos gemeldet, für weitere 21.000 war seinerzeit Kurzarbeit angesagt.

Die sozialen Folgen des ökonomischen Wandels sollte auch später ein zentrales Element der Politik der Thüringer PDS bleiben. Als in der Woche vor dem Erfurter Wahlkampfauftakt Spitzenkandidat Höpcke in Berlin über die Ziele der PDS in Thüringen sprach, zog auch er diese Verbindung. Man forderte etwa, „dass das Treuhandvermögen übergeben wird zur Verfügung der neuen Bundesländer“. Die Idee: Es sollte eine Landestreuhandanstalt Thüringen gebildet werden, „die voll über das Vermögen zum Wohle des Landes Thüringen, seiner Wirtschaft und seiner Menschen verfügen kann“. Die Erlöse aus Privatisierungen sollten, wenn diese schon stattfinden, für Investitionen in gesellschaftlich sinnvolle Projekte fließen. Am 30. September 1990 kamen in Suhl Hunderte auf dem Marktplatz zusammen, um „Aufrecht in die deutsche Einheit“ zu gehen. Gabi Zimmer sprach dort noch ein weiteres Thema an, das im Wahlkampf der Thüringer PDS eine wichtige Rolle spielte: die der Landesverfassung.

Neben Höpcke, damals 56 Jahre alt, trat damals eine sehr junge Mannschaft an. Die Landesvorsitzende Gabi Zimmer war 35, Jörg Pöse von der Vereinigten Linken 28, der parteilose Sprachwissenschaftler Roland Hahnemann 36 und die Pädagogin Cornelia Geithner, spätere Nitzpon, 26 Jahre alt.

Eine Woche vor der Abstimmung sorgte dann der Fall Arnstadt für landesweite Schlagzeilen. Der dortige CDU-Bürgermeister hatte eine langfristig für den 6. Oktober 1990 angekündigte PDS-Veranstaltung, zu der auch der Vorsitzende Gregor Gysi angekündigt worden war, am Vorabend mit fadenscheinigen Begründungen verboten. Von angeblich „nicht zu gewährleistender Sicherheit“ war die Rede. Doch das nahmen dem CDU-Mann viele nicht ab. Schließlich war einen Tag später in Erfurt ein Sonderparteitag der rechtsradikalen NPD mit 700 Polizisten „abgesichert“ worden. In Zeitungen war von „skandalösen Entscheidungen“ und der „Unterdrückung linker“ Kräfte die Rede. Man muss sich an dieser Stelle vergegenwärtigen, dass seinerzeit an Ortseingangsschildern in der Rhön oder im Eichsfeld Aufschriften wie „PDS-freie Zone“ zu lesen waren.

Wenige Tage vor der Wahl war Klaus Höpcke nach den Chancen gefragt worden, die sich die PDS in Thüringen ausrechne. Seine Antwort: „Wir hoffen, dass wir neun oder zehn Prozent Wählerstimmen bekommen.“ Das war ganz gut geschätzt: Landesweit kam die PDS bei der Landtagswahl in Thüringen auf 9,7 Prozent der Zweitstimmen und holte neun Mandate. Neben Höpcke, Zimmer, Pöse, Hahnemann und Geithner wurden auch Tamara Thierbach Joachim Koch, Peter Dietl und Michael Gerstenberger Abgeordnete der ersten PDS-Fraktion. Bei den Erststimmen für die Wahlkreisbewerber*innen erreichte die PDS 9,9 Prozent. Regionale Erfolge konnte man vor allem in Suhl (22,8 Prozent), Gera (17,6 Prozent) und Erfurt (15,9 Prozent). *PR*

Nächster Teil: Die PDS-Fraktion in der ersten Legislaturperiode bis 1994

Jugoslawisches Experiment

Arbeiterselbstverwaltung mit Licht und Schatten

Begriffe wie „Produzentendemokratie“ und „Arbeiterselbstverwaltung“ tauchen in vielen linken Debatte über eine alternative Wirtschaftsordnung auf. Sie sind, so hat es einer der besten Kenner der jugoslawischen Geschichte, Bors Kanzleiter, einmal formuliert, „untrennbar mit dem ‚jugoslawischen Experiment‘ verbunden“. Seit der Abkehr der Kommunistischen Partei von Moskau 1948 habe Jugoslawiens „Dritter Weg“ mit der Proklamation der „Arbeiterselbstverwaltung“ einen auch international „wichtigen Referenzpunkt für die Ideen einer demokratischen Linken“ gebildet.

Das Selbstverwaltungssystem blieb aber auch in Jugoslawien stets umkämpft. Für ein näheres Verständnis dieser Diskussionen ist ein von Paul Michel herausgegebener Sammelband sehr nützlich. Das Buch enthält außerdem Beiträge zur Geschichte Jugoslawiens sowie unter anderem zur Praxis-Gruppe und stellt biografische Skizzen daneben.

Die Arbeiterselbstverwaltung, 1950 institutionalisiert, führte dazu, dass in über 6.000 Betrieben von den Belegschaften Arbeiterräte gewählt wurden. Diese höchsten Kontrollorgane entschieden über Produktion, Geschäftskurs und Organisation der Firmen, sie genehmigten den Wirtschaftsplan und wählten den Verwaltungsausschuss, der gewissermaßen als Management agierte und für Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und allgemein die Abläufe zuständig war.

Michel weist darauf hin, dass die Umsetzung des Konzepts in die betriebliche Praxis sehr unterschiedlich gewesen sei. „Bei einigen lief es gut, bei anderen weniger gut. An wichtigen Managemententscheidungen waren die Arbeiterräte nicht oder nur oberflächlich beteiligt. Oft bestimmten Vorarbeiter, Techniker und Büroangestellte in recht autokratischer Form, wo es lang geht. Als hinderlich erwies sich das oft recht niedrige Qualifikations- und Bildungsniveau bei vielen Arbeitern.“ Aber richtig ist auch: Die Belegschaften in den anderen realsozialistischen Staaten oder in den westlichen Industriegesellschaften konnten von solchen Mitwirkungs- und Autonomierechten nur träumen.

Dass das System auch Destruktivkräfte freisetzte, gehört zur historischen Erfahrung, aus der zu lernen wäre, etwa die Rolle von Marktkräften, die in Jugoslawien seit den 1950er Jahren statt Kooperation eher die Konkurrenz von Betrieben entfachte. *PR*

Paul Michel (Hg.): Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung. Licht und Schatten, Neuer ISP Verlag 2020, 145 S., 14,80 Euro.

Crash Kurs Krise

Wie die Finanzmärkte funktionieren

Immer wieder ist in den Zeitungen zu lesen, „die Märkte“ würden „verrückt spielen“. Meist sind dann nicht Warenmärkte oder das marktwirtschaftliche System insgesamt gemeint, sondern die Finanzmärkte. Warum zum Beispiel steigen die Börsenwerte von Unternehmen, wenn diese Massenentlassungen vornehmen oder von Pleite bedroht sind? Warum „überhitzt“ die Börse, wenn die ökonomische Lage eher auf Unterkühlung hinweist?

Ein kleines aber außerordentlich informatives Buch bringt Antworten aus der Perspektive kritischer Ökonomie. In kompakter Form beleuchten Antonella Muzzupappa und Stephan Kaufmann die Rolle des Finanzsektors im Kapitalismus und erörtern, warum Entgegensetzung von „produktiver Realwirtschaft“ und „unproduktiver Finanzsphäre“ falsch ist. Was also hat es mit der „Finanzialisierung“ der Wirtschaft und der heutigen „Dominanz des Finanzsektors“ auf sich? Woher kommen die Wirtschaftskrisen eigentlich? Warum beginnen sie heutzutage meistens als Finanzkrisen?

Antworten finden sich in dem hier besprochenen Buch reichlich. Für eine gesellschaftliche Linke, die sich grundlegender Veränderung verschrieben hat, ist solcherart politökonomische Bildung wichtiger denn je. „Der Markt beherrscht das ökonomische und weite Teile des gesellschaftlichen Lebens. Für ihn wird produziert, auf ihm wird konkurriert, er entscheidet über Erfolg oder Pleite. Doch gibt es einen Markt, von dem es heißt, er beherrsche alle anderen Märkte: den Finanzmarkt“, heißt es zu einem Vorabauszug in der linken Wirtschaftszeitung „Oxi“: Denn hier wird ein besonderes Gut gehandelt – Geld, oder genauer: Kapital. „Fast alle Unternehmen brauchen es und holen es sich an ‚den Märkten‘, indem sie Kredit nehmen, Aktien und Anleihen ausgeben. So tritt der Finanzmarkt dem Rest der Wirtschaft als Gesamtgläubiger gegenüber: Die Anleger bestimmen über Finanzierungskosten und damit darüber, welche Geschäfte eine Zukunft haben und welche nicht. Gleichzeitig vollziehen die ‚Produkte‘ des Finanzsektors an der Börse ihre eigenen Bewegungen. Diese Bewegung der Spekulation hat dem Finanzsektor den Ruf eingetragen, er habe sich von der sogenannten Realwirtschaft emanzipiert. Doch das ist nicht ganz korrekt. Realwirtschaft und Finanzmarkt sind sich ähnlicher, als viele denken.“ *PR*

Antonella Muzzupappa und Stephan Kaufmann: Crash Kurs Krise. Wie die Finanzmärkte funktionieren. Eine kritische Einführung. Bertz & Fischer Berlin 2020, 120 Seiten, 8 Euro.

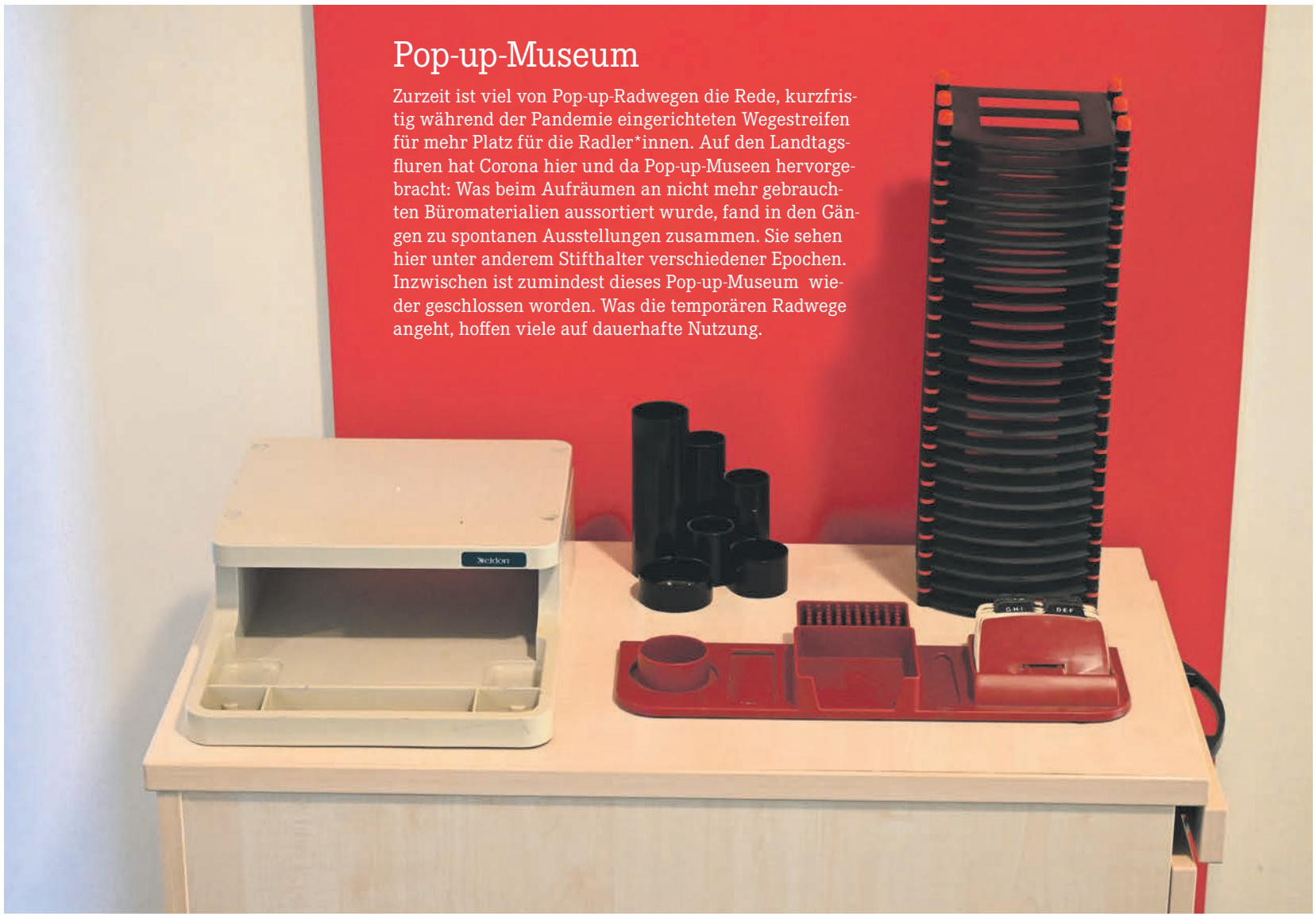

Foto: Lukas Krause

Heike Werner hat in Leipzig Philosophie, Soziologie und Erziehungswissenschaften studiert. 1999 trat sie in die PDS ein und ist heute Mitglied der Partei Die Linke. 1999 bis 2014 war sie Landtagsabgeordnete in Sachsen. Seit 2014 ist sie Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie in Thüringen.

Foto: Lukas Krause

Im Herzensministerium

Auch sonntags gegen die Pandemie: Wie Heike Werner die Corona-Krise erlebt

Heike Werner empfängt mich in ihrem Büro unterhalb des Steigerwaldes. Wir sind im 3. Stock des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, und vor den Fenstern schäumen grün und voll die Baumkronen.

Die erste Welle der Corona-Krise und die damit verbundenen Einschränkungen sind vorerst überstanden. Anstelle von Verordnungen treten nun Empfehlungen zum Umgang miteinander, immer mit dem Hinweis auf die gegenseitige Rücksicht und Eigenverantwortlichkeit, und stückweise kehren wir zur Normalität zurück, auch wenn das Virus nicht weg ist und wir lernen müssen, damit zu leben.

Zuerst einmal möchte ich von Heike Werner wissen, wie man es schafft, all die Themenbereiche ihres Ministeriums unter einen Hut zu bekommen. „Wenn man einen Leitfaden hat, dann kann man solche vielfältigen Themen gut bewältigen“, entgegnet die Politikerin. „Mein Leitfaden ist Teilhabe, egal wo wer herkommt, wie wer lebt oder liebt. Am Ende läuft alles mit allem zusammen, es geht um Menschen und wie wir zusammenleben, und deswegen ist es mir auch ein Herzensministerium.“

Mit dem Ausbruch der Corona-Krise wurden die Mitarbeiter*innen und Angestellten des Ministeriums vor ganz neue Herausforderungen gestellt. Das Arbeitspensum ist höher geworden, an den Wochenenden wurde durchgearbeitet, was für die Ministerin dahingehend schmerzlich ist, da ihr Ressort auch für den Arbeitsschutz zuständig ist. Nach Aussage von Werner war es gar nicht möglich, die Aufgaben anders zu bewältigen.

„Auf der einen Seite sind wir durch das Infektionsschutzgesetz zuständig, Verordnungen zu erlassen, zum anderen bin ich gezwungen, als linke Politikerin Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken. Ich musste einen Bußgeldkatalog unterschreiben, Dinge, die eigentlich fernab von dem sind, was ich mir auf meine politische Agenda geschrieben habe“, reflektiert Werner über Politik zwischen Wollen und Müssen. Die Thüringer Verordnung zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus gilt aktuell noch bis zum 15. Juli, mit hoher Wahrscheinlichkeit wird darauf eine der Situation angepasste Verordnung folgen. Jetzt gilt es für die Ministerin, genauer zu untersuchen, welche Auswirkungen die Pandemie in den einzelnen Bereichen hatte und wie hier nachgesteuert werden kann. Welche Folgen die Krise beispielsweise für Frauen hatte, die in Gewaltbeziehungen leben, das sind Themen, die Heike Werner berühren, „weil wir nicht wissen, was da im Dunkelfeld passiert ist. Auch bei den Kinder gehen wir davon aus, dass manche in schwierigen Beziehungen leben mussten, und wir werden jetzt dafür sorgen, dass diese Kinder in ihrer Not auch gesehen werden und dass wir ihnen helfen, aus Not auch herauszukommen“.

Dass gerade für Menschen, die eh schon geringe Einkünfte haben, auch eine finanzielle Not entstanden ist, das weiß auch die Linkspartei in Thüringen. Gemeinsam mit Berlin und Bremen hat das Land daher über den Bundesrat versucht, den Regelsatz für den Zeitraum der Corona-Krise zu erhöhen. Leider wurde die Vorlage zunächst mehrheitlich abgelehnt. Ob eine Entscheidung auf Bundesebene noch vor dem Ende der Corona-Krise gefällt wird, gilt als unwahrscheinlich. Getreu dem Motto „Armut hat keine Eile“.

In Thüringen wird geschaut, wie Familien unterstützt werden können, die finanzielle Einbußen haben oder was für Einrichtungen und Vereine getan werden kann, damit diese nicht „hinten runterfallen“, sondern wieder eine Perspektive haben. Mindestens genauso wichtig ist für Heike Werner die Frage nach den älteren Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen. Diese haben große Entbehrungen gehabt, haben Freunde und Familie zum Teil über lange Zeit nicht sehen können. „Hier müssen wir nach Lösungen suchen, die soziale Isolation zu überwinden und wieder schöne Ereignisse schaffen“, sagt Werner.

Auch die Ministerin hat in der Zeit Entbehrungen erlebt, wenngleich sie betont, auf hohem Niveau zu klagen. „Natürlich hat mir meine Familie gefehlt, haben mir Freunde und Umarmungen gefehlt, hat mir gefehlt, nicht in die Kneipe oder zum Konzert gehen zu können“, so die Ministerin. „Ich weiß durch viele Briefe, die ich bekommen habe, und durch Gespräche, die ich mit Kollegen führte, dass es vielen Menschen sehr schlecht geht aber auch das sich viel geholfen wurde. Ein ganz schönes Erlebnis war bei mir im Wohnhaus, wo jemand einen Korb in den Hausflur gestellt hat, voll mit selbstgenähten Masken. Und später war dann Schokolade oder eine Flasche Wein als Dankeschön darin. Es ist also auch viel an Achtsamkeit und Solidarität entstanden.“ Werner weiß aber auch, dass Klatschen allein denen nicht weiterhilft, die in Zeiten von Corona ganz vorne stehen und mit ihrem Einsatz den Laden am Laufen halten. Was sich ebenfalls jetzt ganz deutlich abzeichnet, ist, wie wichtig es ist, dass wir ein gut funktionierendes Gesundheitssystem haben – sowohl was die Versorgung in den Krankenhäusern angeht als auch in der stationären und ambulanten Pflege.

„Die Linke Thüringen hat immer gesagt, hier müssen wir die Arbeitsbedingungen verbessern, wir brauchen bessere Löhne, und jetzt zeigt sich nochmals, wie wichtig das gewesen ist, und ich hoffe, dass das in der Öffentlichkeit nicht nur angekommen ist, sondern dass auch die entsprechenden Lehren daraus gezogen werden“, sagt Werner. „Im Bereich der stationären Versorgung müssen wir weg von den Fallpauschalen hin zu einer Finanzierung, die das widerspiegelt, was in den Krankenhäusern wirklich geleistet wird und die dazu führt, dass die hohen Belastungen, die wir dort haben, gesenkt werden.“

Und wo wir schon bei fairen Löhnen und einer gerechten Gestaltung der Gegenwart sind, da stellt sich auch die Frage nach dem bedingungslosen Grundeinkommen. Für Heike Werner ein persönliches Thema, über das sie schon viele Jahre regelmäßig diskutiert. „Wir hätten einige der großen Probleme und Sorgen und Ängste nicht gehabt, wenn man eben so ein Grundeinkommen hätte.“ Gerade im Bereich der Soloselbstständigen gibt es viele Menschen, die immer am Rande des Existenzminimums arbeiten, und für die ist die Krise ein furchtbarer Einschnitt. „Diese Menschen noch einmal in den Blick zu nehmen, die, die wirklich arbeiten wie verrückt und trotzdem zum Teil sehr geringe Einkünfte haben, das ist mir wichtig.“

Und es wird noch mehr geben, was das Herzensministerium in den nächsten Wochen auszuwerten hat. Was den Menschen betrifft, laufen hier alle Fäden zusammen. *Norman Sinn*